



## **Eine Allianz für Jugend**

### **Eckpunktepapier: Entwicklung und Perspektiven einer Eigenständigen Jugendpolitik**

#### **I. Eigenständige Jugendpolitik - Eine Allianz für Jugend -**

##### **Zielsetzungen:**

Zukunftsperspektiven und Zuversicht stärken

Gesellschaftliche Anerkennung für junge Menschen vergrößern

Förderung, Unterstützung und Hilfe aller Akteure optimal verzahnen

Startchancen ins Jugendalter gerecht gestalten, sozial bedingter (Bildungs-)Benachteiligung entgegenwirken

Entwicklung der individuellen Potenziale aller Jugendlichen fördern

Übergänge in der Jugendphase aktiv gestalten und Perspektiven eröffnen

Teilhabe und Beteiligung junger Menschen ermöglichen

Erfahrungs- und Gestaltungsräume und -zeiten für junge Menschen schaffen

Die Jugendphase in Deutschland unterliegt seit einigen Jahren einem tief greifenden Strukturwandel. Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen mit denen junge Menschen in Deutschland aufwachsen,

- dem demographischen Wandel,
- den mit der Globalisierung steigenden Anforderungen an Wissen und Kompetenzen,
- der Beschleunigung und Verdichtung der Bildungsbiographie mit einer stärkeren Zeitregulierung des Alltags Jugendlicher,
- und der fortschreitenden Heterogenisierung der Jugendphase,

muss Jugendpolitik und eine Politik für Jugendliche alles dafür tun, jungen Menschen bestmögliche und passgenaue Bedingungen in der vielfältigen und sich laufend verändernden Jugendphase zu

gewähren. Eine Eigenständige Jugendpolitik richtet sich an alle Jugendlichen und versteht sich als gesellschaftlich relevante Zukunftspolitik.

Eine Eigenständige Jugendpolitik stellt die Phase der Jugend in ihrer ganzen Vielfalt individueller Lebenswelten Bedürfnisse und Fähigkeiten in den Mittelpunkt. Neben der Familienpolitik und dem Ausbau frühkindlicher Angebote muss die politische Verantwortung für die Lebenslage Jugend gestärkt werden. Gute Familienpolitik und die Stärkung von Frühkindlicher Bildung und Betreuung sind Rahmenbedingungen, die eine Eigenständige Jugendpolitik fördern. Eigenständige Jugendpolitik soll gewährleisten, dass das Engagement aller Akteure, die Jugendliche unterstützen und fördern, optimale Ergebnisse für die jungen Menschen in Deutschland erzielt. Jungen Menschen sollen möglichst gleiche Startchancen auf ein selbstverantwortliches und selbstbestimmtes Leben eröffnet werden und es soll ein Klima der Anerkennung und des Respekts vor den Leistungen und dem Einsatz von Jugendlichen entstehen.

Eine so verstandene und entsprechend zu konzeptionierende Eigenständige Jugendpolitik sollte in einer **Allianz für Jugend** sichtbar werden. Die Allianz sollte mittelfristig gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft, Medien, Wissenschaft, der Kinder- und Jugendhilfe sowie des formalen Bildungssystems und der Jugendlichen selbst begründet werden. Dem BMFSFJ und seiner politische Leitung kommt dabei die Rolle zu, „Anwalt der Jugend“ zu sein.

### Schritte zur Herausbildung einer „Allianz für Jugend“

- |   |                                   |
|---|-----------------------------------|
| 1. Clusterung aller jugendpolitischen Aktivitäten des BMFSFJ  | (bis Ende 2012)                   |
| 2. Einrichtung eines Zentrum "Allianz für Jugend"   | (Anfang 2012)                     |
| 3. Thematische Fachforen<br>Beginn Ende 2011 – Anerkennung von Engagement und Validierung<br>nicht formaler Bildung   | (bis Ende Legis-<br>laturperiode) |
| 4. Fachforen zur Verbesserung jugendpolitischer Strukturen vor Ort<br>- Jugendhilfeplanung, Jugendhilfeausschüsse, Lokale Allianzen, Lokale<br>Kinder- und Jugendberichterstattung, Preis für jugendfreundlichste<br>Gemeinde - | (bis Ende Legis-<br>laturperiode) |
| 5. Prüfauftrag Jugendpolitische Rahmenbedingungen im SBG VIII   | (bis Ende Legis-<br>laturperiode) |
| 6. Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendplanes des Bundes zu einem<br>Steuerungsinstrument der Eigenständigen Jugendpolitik  | (18. Legislatur)                  |
| 7. Beteiligung Jugendlicher / ePartizipation  | (bis Ende Legis-<br>laturperiode) |
| 8. Internationale Zusammenarbeit (Peer-Learning)  | (bis Ende Legis-<br>laturperiode) |
| 9. Ressortübergreifende Allianz für Jugend<br>Anerkennung und Respekt von Jugendlichen in der Gesellschaft  | (18. Legislatur)                  |

## II. Ausgangslage

Eigenständige Jugendpolitik berücksichtigt die Impulse aus Politik und Fachwelt.

Die Kinder- und Familienpolitik wird zukünftig durch die „Eigenständige Jugendpolitik“ um ein zentrales gesellschaftliches Zukunftspolitikfeld ergänzt.

Seit rund 25 Jahren wird eine Jugendpolitik gefordert, die nicht länger als Problem- und Krisenpolitik gesehen wird, sondern als gesellschaftlich relevante Zukunftspolitik, die alle Jugendlichen im Blick hat und sich nicht nur auf so genannte Problemgruppen Jugendlicher konzentriert.

- Gewalt, Delinquenz, Sucht, gesundheitliche Belastungen, Benachteiligung und unzureichende Integration sind wichtige jugendpolitische Themen, daneben sind die Interessen und Bedarfe aller, auch der sog. „normalen“ Jugendlichen noch stärker in den Blick zu nehmen.
- Das Bundesjugendkuratorium im Jahr 2009: „Soweit überhaupt jugendpolitische Themen in Öffentlichkeit und Politik diskutiert würden, handelt es sich nahezu ausschließlich um spezifische Problemlagen einzelner Gruppen von Heranwachsenden.“ „Ökonomische, politische und soziale Umbrüche haben längst die Lebenslage Jugend erreicht und neue politische Herausforderungen erzeugt, Jugendpolitik führt aber nach wie vor eher ein Schattendasein“
- Die EU-Jugendstrategie 2010-2018 fordert die Mitgliedstaaten auf, Jugendpolitik als Ressort- und Querschnittspolitik fortzuschreiben. Ziele sind Chancengleichheit, Integration und freiwilligem Engagement: „Es ist unbedingt notwendig, dass alle jungen Frauen und Männer befähigt werden, ihre Potenziale voll auszuschöpfen. Dies setzt nicht nur voraus, dass in die Jugend investiert wird (...), sondern, dass die Jugend auch zur Mitwirkung befähigt wird (...) Darüber hinaus ist eine stärkere Abstimmung zwischen der Jugendpolitik und anderen einschlägigen Bereichen der Politik (...) erforderlich.“ (EU 2009/C 311/01)
- UN-Kinderrechtskonvention fordert in Artikel 3 ein Kinder-Mainstreaming: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ (Als Kind gilt in der UN-KRK Menschen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs)
- Im Bundestagswahlkampf 2009 setzten sich die großen Parteien für eine stärkere Betonung jugendpolitischer Anliegen ein. Der Koalitionsvertrag unterstützt und fordert explizit eine Eigenständige Jugendpolitik, die junge Menschen teilhaben lässt und ihre Potentiale fördert und ausbaut (Rn. 3135 ff.).

Aufgabe einer Eigenständigen Jugendpolitik ist es, trotz der vielfältigen **Zuständigkeiten** die politischen Debatte auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Aufwachsen Jugendlicher und den dafür notwendigen Angeboten und Unterstützungssystemen zu lenken.

Eigenständige Jugendpolitik in diesem Sinne ist von Beginn an dialogisch und partizipativ angelegt.

Bei der Entwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik sind zwingend die föderalen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie die Aufteilung in unterschiedliche Ressortverantwortlichkeiten auf diesen Ebenen zu berücksichtigen.

Mit allen Akteuren – Institutionen und Jugendlichen selbst – wird in einen Dialog einzutreten sein. Anfang 2011 wurden bereits erste Fachgespräche des BMFSFJ mit der Kinder- und Jugendhilfefachwelt der Bundesebene geführt. Im Ergebnis konnte ein Konsens über die Notwendigkeit der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik, das grundsätzliche Vorgehen und die vorgeschlagenen Themen erzielt werden. In weiteren Dialogforen werden weitere Akteurskreise in die Gestaltung einer Eigenständigen Jugendpolitik einzubeziehen sein, um einen möglichst breiten Konsens zu erreichen.

Die **Perspektiven der Jugendlichen** selbst sind systematisch zu berücksichtigen und partizipativ einzubeziehen. Die Allianz für Jugend muss Instrumente nutzen und bereit stellen, die dieses Ziel wirksam unterstützen (z.B. ePartizipation).

Eine der Kernforderungen jeglicher Politik, die sich mit Jugendlichen beschäftigt, ist der ernst genommene Einbezug der Perspektiven und Interessen Jugendlicher. Nur mit einer guten und nachhaltigen Jugendbeteiligung auf allen Ebenen wird eine Eigenständige Jugendpolitik sich selbst gerecht. Es sollte zugleich eine Brücke vom NAP-Prozess (Nationale Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“) zur Eigenständigen Jugendpolitik geschlagen werden. Vor allem sind die Ergebnisse der Jugendbeteiligung aus dem NAP-Prozess aufzugreifen.

### III. Lebenslagen Jugendlicher und Implikationen für eine Eigenständige Jugendpolitik

Die **typischen Herausforderungen** des Jugendalters und ihre institutionellen Entsprechungen in Form von Bildungsangeboten, Unterstützungssystemen und gesellschaftlich geregelten Statuspassagen bilden den Fokus einer Eigenständigen Jugendpolitik.

Bei **besonderen Problemlagen** ist es weiterhin Aufgabe von Jugendpolitik, verstärkt institutionelle Angebote der Begleitung in Krisen, der Förderung und Unterstützung bei Lernprozessen und der Ermöglichung des Wiedereinstieges bereit zu halten.

Jugendpolitik hat es heute nicht mehr mit einer homogenen Jugendphase zu tun, sondern mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Lebensformen und --perspektiven, biografischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Hintergründen.

Allgemein anerkannt ist die Erkenntnis, dass die Jugendphase in Deutschland einem tief greifenden **Strukturwandel** unterliegt. Anfang und Ende dieser Altersphase werden diffuser:

- viele jugendtypische Verhaltensweisen und Einstellungen treten früher auf: Shell-Studie 2010: „die Gleichaltrigengruppe (spielt) wegen des frühen Eintritts der Pubertät schon bei Zehn- bis Zwölfjährigen eine entscheidende Rolle für alle Fragen der Lebensgestaltung – Freizeit- und Medienorientierung inbegriffen – und für wichtige Komponenten der Wertorientierung und Lebensperspektivität.“
- die bis in die siebziger Jahre in der Bundesrepublik hinein gültigen Kriterien für das Erwachsenwerden (Auszug aus dem Elternhaus, ökonomische Selbstständigkeit, Heirat, Gründung einer Familie) haben erkennbar an Bedeutung verloren und erstrecken sich über einen immer längeren Zeitraum.

Trotz dieser Heterogenität müssen alle Jugendliche nach wie vor eine Reihe von vergleichbaren **Entwicklungsaufgaben** (z. B.: Ausbildung einer eigenen stabilen persönlichen Identität und individuellen Autonomie, Entfaltung eines Bewusstseins im Sinne einer verantwortlichen Staatsbürgerschaft in einem demokratischen und pluralistischen Rechtsstaat) und institutionellen **Statuspassagen** (z. B.: Nachkommen der Schulpflicht, Absolvierung einer Ausbildung, Erzielen einer wirtschaftliche Unabhängigkeit) bewältigen.

Diese Anforderungen betreffen alle Jugendlichen. Besondere Problemlagen entstehen jedoch, wenn Jugendliche nicht mehr mithalten können und davon bedroht sind, abgehängt zu werden. Zu hoher Druck auf die Jugendlichen und ungünstige Rahmenbedingungen führen zu Formen des zeitweiligen Ausstiegs, der Flucht in Gegenwelten, zu abweichendem Verhalten, Delinquenz und zu anderen Formen der Auffälligkeiten. In diesen Fällen müssen besondere Hilfen bereit gestellt werden.

## IV. Thematische Schwerpunkte

Faire Chancen für Jugendliche

Erweiterte Anforderungen bei enger werdenden (Zeit-)Räumen

Perspektiven und Zuversicht für ein Leben in der Zukunft

### 1. Faire Chancen für Jugendliche

Jugendpolitik muss **vorbeugend und ausgleichend tätig** werden, um allen Jugendlichen die faire Startchancen zu ermöglichen.

Jugendliche haben unterschiedliche **Startchancen**. Eine erfolgreiche Jugendpolitik die faire Chancen schafft, setzt eine entsprechende Politik für frühe Chancen in der Kindheit voraus. Startchancen der Jugendlichen sind zunächst durch ihr Elternhaus und ihre soziale Umgebung geprägt. Hier spielen Bildungsferne, soziale Gegebenheiten und Migrationshintergrund genauso eine Rolle wie persönliche Dispositionen und noch bestehende Rollenverständnisse aufgrund des Geschlechts.

### 2. Erweiterte Anforderungen bei enger werdenden (Zeit-)Räumen

Jugendliche bedürfen größerer **Gestaltungsspielräume und mehr Zeit**. Auch die Shell-Studie fordert „akzeptierte Auszeiten“. Jugendpolitik muss hier die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, damit Jugendliche ihre Entwicklungspotenziale nutzen können.

Aufgrund der **Globalisierung** nehmen die Anforderungen bezüglich des Erwerbs von Wissen und Kompetenzen zu. Jugendliche müssen in kürzerer Zeit mehr lernen und neue Herausforderungen bei gleichzeitig fragilen Rahmenbedingungen bewältigen. Jugendliche sind heute sowohl durch einen hohen Erwartungs- und Zeitdruck, der u. a. mit der Einführung von G8, Bachelor und Masterstudiengängen sowie der Ganztagschulgestaltung einhergeht, in neuer Form belastet.

Die **neuen Medien** – allen voran das Internet – entwickeln sich zu einem wesentlichen Moment im Aufwachen von Jugendlichen. Sie bestimmen zunehmend die Art, wie Jugendliche mit Freunden und der „Außenwelt“ in Kontakt treten, wie sie ihre Freizeit organisieren und gestalten, haben Wirkungen auf Art und Verbindlichkeit von Kommunikation und werden sich immer stärker als wichtiges Instrument gesellschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe etablieren.

Neben den schulischen Anforderungen wollen Jugendliche sich gesellschaftlich engagieren und sich entsprechend ihren eigenen Interessen und Stärken weiterentwickeln. Ein gutes **Zeitmanagement** im Alltag (Schule, Engagement und Freizeit) ist schwierig, Zeitkontingente brechen zusehends weg. Jenseits strukturierter Angebote brauchen Jugendliche Zeit für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Sie müssen sich mit sich selbst, ihrer körperlichen und psychosozialen Entwicklung auseinandersetzen sowie in der Gemeinschaft mit Gleichaltrigen ihren Platz finden. Jugendliche benötigen Raum: sowohl in der Gesellschaft, um angehört zu werden und mitbestimmen zu können, als auch reale Räume in ihrer unmittelbaren Umgebung.

Die Beschleunigung und Verdichtung der Bildungsbiografien und die komplexeren Anforderungen an die Bewältigung des Alltags betreffen alle Jugendlichen. Für bildungsferne Jugendliche potenzieren sich die Probleme. In diesen Fällen müssen besondere Hilfen bereit gestellt werden.

### 3. Perspektiven und Zuversicht für ein Leben in der Zukunft

Jugendpolitik muss **frühzeitig ansetzen**, Generationengerechtigkeit herstellen, Perspektiven eröffnen und Übergänge gestalten.

Mit dem **demografischen Wandel** sind die gesellschaftlichen Eckwerte der Jugendphase erneut in Bewegung geraten:

Das Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaften stellte im Jahr 2008 fest: „vor allem die Zahl der Kinder und jungen Menschen unter 20 Jahren (wird sich) verringern. Heute sind über 16 Millionen Menschen in diesem Alter. 2020 werden es weniger als 14 Millionen sein. Bis 2050 wird ihre Zahl weiter auf etwa 10,5 bzw. 11,5 Millionen zurückgehen“. Beachtlich ist auch, dass nicht nur der Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung sinkt, sondern zugleich der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund innerhalb der Altersgruppe zunehmen wird.

Der **Übergang in das Berufsleben** ist gleichzeitig durch deutlich mehr Unsicherheit geprägt. „Insgesamt scheinen für viele Jugendlichen die Schwierigkeiten, ihre berufliche Einmündung erfolgreich aktiv zu planen und zu gestalten, zugenommen zu haben. Selbst eine gute Bildung und eine hervorragende Ausbildung garantieren immer weniger die angestrebte Sicherheit in der Erwerbsbiografie.“

Die demographische Entwicklung und die fortschreitende Globalisierung führen zu widersprüchlichen Entwicklungen, die Jugendliche verunsichern. Es steigen nicht nur die Anforderungen innerhalb der Jugendphase, sondern auch die Sorgen um eine abgesicherte Zukunft.

Für eine gute Jugendzeit brauchen Jugendliche Zuversicht, dass die Zukunft bewältigt werden kann. Darunter ist in erster Hinsicht die Aussicht auf eine Ausbildungsstelle und einen Arbeitsplatz zu verstehen, aber auch die Sicherheit, eine Familie gründen zu können und in eine lebenswerte Gesellschaft und Umwelt hinein zu wachsen.

## V. Strategische Eckpunkte

Überprüfung der jugendpolitischen Rahmenbedingungen

Beteiligung Jugendlicher / ePartizipation

Internationale Zusammenarbeit (Peer-Learning)

BMFSFJ-interne Aktivitäten

Organisatorische Festlegungen im BMFSFJ

Ausblick: Anerkennung und Respekt von Jugendlichen in der Gesellschaft

Eine Eigenständige Jugendpolitik wird die Interessen der Jugendlichen aufgreifen und wahrnehmen und folgende Aspekte zum Ausgangspunkt ihrer Politik machen:

- die vielfältigen Lebens- und Problemlagen Jugendlicher und ihrer Anliegen und dabei alle Jugendlichen im Blick behalten,
- den Bedarf an Förderung, Teilhabe und Anerkennung,
- den Bedarf an Zeit und Räumen.

Folgerichtig muss sie die institutionellen Angebote der Bildung, Förderung, Unterstützung, Hilfe und Kontrolle auf die Beachtung dieser Aspekte hin in den Blick nehmen.

Eine so verstandene und zu gestaltende **Allianz für Jugend**, kann nicht top down angelegt sein. Sie wird frühzeitig dialogisch alle Akteure – einschließlich und soweit als möglich die Jugendlichen selbst als die Subjekte jugendpolitischen Handelns – beteiligen. Sie ist eine Aufgabe der Bundesregierung unter Federführung des BMFSFJ.

Jugendpolitik als Befähigungs- und Teilhabepolitik wird sich den politischen Raum im Zusammenspiel mit den zuständigen Akteuren erst erarbeiten müssen. Für die Entwicklung einer ressortübergreifenden jugendpolitischen Zusammenarbeit sind besondere Anstrengungen notwendig. Das bedeutet, dass eine Eigenständige Jugendpolitik auf einen längeren, die aktuelle Legislaturperiode hinausgehenden Zeitraum angelegt sein sollte.

Politik für junge Menschen wird sowohl auf der Ebene des Bundes insbesondere vom BMFSFJ, BMBF, BMAS, BMG aber auch von anderen Ressorts gestaltet. Nachhaltig können die Ziele einer Eigenständigen Jugendpolitik nur gelingen, wenn die Eigenständige Jugendpolitik zu einem gemeinsamen Thema aller Ressorts der Bundesregierung wird. Dem BMFSFJ kommt die Rolle und Funktion eines Interessensvertreters – eines Anwalts für die Jugend – zu, der gleichzeitig Partner für die Eigenständige Jugendpolitik gewinnt.



Zur Etablierung einer ressortübergreifenden Eigenständigen Jugendpolitik sind vorbereitende Schritte notwendig – so ist zunächst ein Konsens zwischen dem BMFSFJ und mit seinen unmittelbaren jugendpolitischen Kooperationspartnern über die notwendige Reichweite einer Eigenständigen Jugendpolitik zu erarbeiten. Auf ressortspezifischer Ebene müssen Instrumente entwickelt und erprobt werden, bevor weitere Themen/Ressorts einbezogen werden können.

#### **Beispiel Schule:**

Als wichtigstes Themenfeld kann bereits jetzt die Schulpolitik prognostiziert werden.

Die Schule ist der Lebensraum der Jugendlichen. Die Schule nimmt die meiste Zeit der Jugendlichen in Anspruch und ist gleichzeitig der Ort, wo fast alle Jugendlichen erreicht werden können.

Hier werden nicht nur das BMBF anzusprechen sein, sondern auch die KMK.

Es könnte unvermeidlich sein, einen Forderungskatalog an die Gestaltung von Schule und des Schulalltags zu formulieren, der u. a. die stärkere Beteiligung und Mitbestimmung der Jugendlichen in den gesamten Schulalltag aber auch z. B. eine weitere Öffnung des Lebensraums Schule für jugendliche Lebenslagen einfordern wird. Um dies zu ermöglichen, ist vorstellbar, dass auch andere Akteure in die verantwortliche Gestaltung des Schulalltags und –raums eingebunden und vielleicht entsprechend verpflichtet werden.

Im Rahmen der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik wird das BMFSFJ mit seinen Kooperationspartnern folgende Maßnahmen und Aktivitäten einleiten:

### **1. Überprüfung der jugendpolitischen Rahmenbedingungen**

Ab dem Jahr 2012 sollte geprüft werden ob und gegebenenfalls welche **Rahmenbedingungen auf Bundesebene** durch das SGB VIII im Hinblick auf die Bedürfnisse und Bedarfe Jugendlicher verbessert werden könnten.

Forderungen der Jugendhilfefachwelt sind unter anderem, Rechtsansprüchen auf individuelle Förderungsleistungen und auf eine bedarfsgerechte Infrastruktur zu schaffen, die Gestaltung von Schnittstellenproblematiken sowie die Entsülung der Jugendhilfestrukturen.

Dazu werden eine Reihe von fachpolitischen Gespräche geführt und Fachforen veranstaltet werden, um gemeinsam die wesentlichen Themen zu identifizieren und die Maßnahmenvorschläge zusammen mit den unterschiedlichen Kooperationspartnern aus Politik, Wirtschaft, Medien und der Kinder und Jugendhilfe zu entwickeln.

Die Akteure auf der kommunalen und der Länderebene sind hoch motiviert, mit dem Bund in diesem Politikfeld zusammen zu arbeiten. Zur **Stärkung der Jugendpolitik auf kommunaler Ebene** bieten die sich konkrete Anknüpfungspunkte:

- **Beispiel: Revitalisierung der Jugendhilfeausschüsse**

Die Jugendhilfeausschüsse nach § 71 SGB VIII bieten eine gute Grundlage um vor Ort Jugendpolitik so zu gestalten, dass alle Lebenslagen Jugendlicher in den Blick genommen werden. Diese werden jedoch nur selten gut genutzt, auch wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen dies grundsätzlich ermöglichen.

Einige Kommunen verfügen bereits über sehr gute Konzepte, die sowohl mit einer Erweiterung der Aufgaben, als auch mit einer Erweiterung der Akteure einhergehen.

Unbedingt sind hier Ansätze der Vernetzung mitzudenken und eine ernst genommene Beteiligung von Jugendlichen (sowohl der organisierten als auch der „ganz normalen“ Jugendlichen) zu gewährleisten.

- **Beispiel: Bessere Steuerung über die Jugendhilfeplanung**

Auch die kommunale Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII bietet grundsätzlich ein gutes Steuerungsinstrument auf lokaler Ebene. Auch hier gilt es, die Einsatzmöglichkeiten und die Steuerungsmechanismen zu überprüfen und zu optimieren.

- **Beispiel: Lokale Allianzen**

Über eine Optimierung der bestehenden Instrumente hinaus wäre es möglich, Bündnisstrukturen für Jugendliche vor Ort zu gründen. Hierbei ist auf die bestehenden Netzwerkstrukturen aufzubauen, da die Kommunen oft bereits gute Strukturen aufgebaut haben (etwa Lokale Bildungsbündnisse, oder Lokale Bündnisse für Familien, die bereits einige Bereiche jugendpolitischer Kernfragen und Akteure beinhalten). Parallelstrukturen sind dabei zu vermeiden.

- **Beispiel: Einführung einer Kinder- und Jugendberichterstattung auf kommunaler Ebene**

Regelmäßige Berichterstattungen machen nicht nur Bedarfe, Maßnahmen und Aktivitäten sichtbar, sie tragen auch zur Entwicklung von Indikatoren bei, die für Planungsprozesse hilfreich sind. Außerdem ermöglichen sie eine Öffnung gegenüber weiteren Politikfeldern.

Konkret sollte angeregt werden, dass regelmäßig junge Menschen aus ihrer Perspektive die jugendpolitische Situation vor dem Hintergrund ihrer Alltagserfahrungen reflektieren und vor Ort Anregungen für Verbesserungen geben. Die zwingende Voraussetzung für die Wirkung eines solchen Berichts ist, dass die Anregungen ernst genommen und möglichst zielgenau umgesetzt

Es wird zu prüfen sein, welche Rahmenbedingungen (insbesondere SGB VIII) optimiert werden könnten, um die jugendpolitischen Entwicklungen vor Ort zu unterstützen. Dafür könnten **fachliche Diskurse** mit den relevanten Kooperationspartnern (hier vor allem mit der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ), dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV) und den Kommunalen Spitzenverbänden) bereits ab dem 3. Quartal 2011 durchgeführt werden. Daran könnten sich **Fachforen mit Kommunen** anschließen (z. B. Best-Practice-Darstellung und Peer-Learning-Foren zur Qualitätsentwicklung)

Als Anreiz könnte ein **Preis für die jugendfreundlichste Gemeinde Deutschlands** ausgeschrieben werden, der mit einem Preisgeld für lokale Maßnahmen verbunden wird „Ort der Zukunft“

Neben strukturellen Fragen werden auch **thematische Fachfragen** behandelt werden.

### **Beispiel: Anerkennung von Engagement und Validierung nicht formaler Bildung**

Ein erstes wichtiges Thema ist dabei die gesellschaftliche Anerkennung von Engagement junger Menschen und die Validierung nicht formal erworbener Bildung.

In der außerschulischen Bildung, in der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und anderen Maßnahmen der Jugendhilfe erwerben Jugendliche Kompetenzen, die ihre formale (Aus-)Bildung ergänzen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken. Die in diesem Rahmen erlernten Kompetenzen (z. B. soziale Kompetenzen) spielen im gesellschaftlichen Zusammenleben und zunehmend im beruflichen Kontext eine bedeutende Rolle.

Darüber können gerade bildungsfernen Jugendlichen Zugänge zu Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet werden, die ihnen sonst verschlossen bleiben.

Um die nicht formale Bildung zu stärken, ist es notwendig, nachzuweisen, welche Kompetenzen erworben werden. Der Deutsche Qualifikationsrahmen soll analog der Vorgaben des ergebnisorientierten Europäischen Qualifikationsrahmens Möglichkeiten vorsehen, auch nicht formal erworbene Kompetenzen zu berücksichtigen. Eine Eigenständige Jugendpolitik ist gefordert, dies maßgeblich mitzugestalten.

Im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie ist die Sichtbarmachung und Anerkennung nicht formaler Bildung eines der Schwerpunktthemen. Dieser Prozess wird als Teil der Eigenständigen Jugendpolitik einbezogen.

## **2. Beteiligung Jugendlicher / ePartizipation**

Bei der Entwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik wird vom BMFSFJ der Austausch mit den jungen Menschen selbst gesucht. Dabei wird zugleich eine Brücke zum Prozess des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ geschlagen. Vor allem sind die Ergebnisse der Jugendbeteiligung aus dem NAP-Prozess aufzugreifen. Die Bundeszentralen Träger der Jugendarbeit werden als Akteure der Eigenständigen Jugendpolitik eingebunden und aufgefordert, eigene Beiträge durch aktive Jugendbeteiligung über die Mitgliedergrenzen hinaus zu verwirklichen.

Das **Internet** bietet die Chance, die Beteiligung junger Menschen (**ePartizipation**) an politischen Gestaltungsprozessen quantitativ und qualitativ zu verstärken. Dieses Potential wird jedoch bislang nur unzureichend genutzt: Jugendliche sind bei den aktuell bestehenden ePartizipations-Vorhaben als Zielgruppe kaum vertreten. Angebote, die sich gezielt an junge Menschen richten, werden vielfach von Jugendlichen nur unzureichend genutzt. Auch zeigt sich, dass über die bestehenden Angebote die auch „offline“ häufig unterrepräsentierten, benachteiligten Gruppen Jugendlicher kaum erreicht werden.

Aufbauend auf den entsprechenden Handlungsempfehlungen des **Dialog Internet** sollten in einem BMFSFJ-Projekt bestehende netzbasierte Beteiligungsverfahren auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene sowie in Jugendverbänden und -initiativen recherchiert, systematisiert und, wo dies geeignet ist, mit Partnern deren Weiterentwicklung angestoßen werden. Im Jahr 2013 könnten sodann gemeinsam mit den Partnern auf lokaler, regionaler und der Bundesebene eine Reihe von thematisch orientierten Modellen der ePartizipation umgesetzt werden.

Unter dem Dach des Dialog Internet und der Allianz für Jugend sollten Strukturelemente einer dauerhaften Beteiligungsplattform für Jugendliche auf Bundesebene konzipiert werden, die auch im Rahmen einer späteren ressortübergreifender Zusammenarbeit genutzt werden könnten.

Die Planungen zur Beteiligung der Jugendlichen werden noch im Sommer 2011 gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring und anderen bundeszentralen Trägern begonnen.

### 3. Internationale Zusammenarbeit (Peer-Learning)

Im Rahmen der EU-Jugendstrategie wird die Weiterentwicklung des Konzeptes für eine Eigenständige Jugendpolitik durch den multinationalen Erfahrungsaustausch mit EU-Staaten, die entsprechende Ansätze auch ressortübergreifend implementieren, unterstützt.

In einer Veranstaltungsreihe findet im **EU-Peer Learning Verfahren** zunächst eine nationale Kontextanalyse statt. Es werden die jeweiligen Herausforderungen und existierenden Lösungsansätze und deren Defizite herausgearbeitet, um konkrete Vorschläge für die Weiterentwicklung der Politik zu erarbeiten. Da eine Übertragung von Politikstrukturen und -konzepten zwischen den Staaten in der Regel kaum möglich ist, werden das Erfahrungswissen und Erkenntnisse der Partner für die Gestaltung eigener Lösungsansätze genutzt.

Dabei geht es darum, in einem langfristig angelegten Peer-Learning Prozess nicht nur von anderen Mitgliedstaaten der EU, die lange Erfahrungen mit einer spezifischen Jugendpolitik haben (wie etwa Schweden oder Finnland) zu lernen, sondern mit diesen gemeinsam die Debatte um eine moderne Jugendpolitik weiter zu entwickeln und auch auf europäischer Ebene voranzutreiben.

#### **Beispiel: Schweden**

Schweden verfolgt den Ansatz einer querschnittlichen Jugendpolitik, die auf Indikatoren gestützt die Lebenslagen junger Menschen in den Blick nimmt

In Schweden werden unter dem Monitoring des Jugendressorts die unterschiedlichen Politiken für junge Menschen (Bildung, Beschäftigung, Gesundheit u.a.) an gemeinsam vereinbarten Zielen ausgerichtet und untereinander sinnvoll verknüpft.

In Schweden genießen die Jugendlichen eine im Vergleich zu Deutschland gesellschaftlich hohe Anerkennung.

#### 4. Ausblick: Anerkennung und Respekt von Jugendlichen in der Gesellschaft

Von Jugendlichen wird heute in der Öffentlichkeit und den Medien oft ein Zerrbild vermittelt, welches mit der Realität nicht übereinstimmt. Schlagzeilen machen Gewaltausfälle und das sogenannte „Komasaufen“, nicht aber die Aktivitäten und das Engagement vieler Jugendlicher für die Gesellschaft und für Zukunftsthemen.

Das Image der Jugendlichen in Deutschland sollte aufgewertet werden. Dazu muss Einfluss genommen werden auf das Bild und den Stellenwert von Jugendlichen in der Öffentlichkeit. Die vielen Beispiele von Jugendlichen z. B. in den FSJ und FÖJ, in den Verbänden oder Kulturangeboten müssen öffentlich Beachtung und Anerkennung finden.

Hierfür braucht es die breite Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte und Meinungsmacher. Diese Partner könnten im Bereich:

- der Medien,
- der Wirtschaft und
- der Stiftungen

gesucht und gefunden werden. Diese müssen gemeinsam die Losung ausgeben:

„Starke Jugendliche für eine starke Zukunft“

In der „**Allianz für Jugend**“ sollten auch diese Aktivitäten gebündelt werden.

Die Ansprache der Partner könnte Ende 2012 in den Blick genommen werden.